



Ausgabe: Juli/August/September 2019

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und ausserordentlich aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie aktuelle Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

| | |
|--|---|
| 1. Allgemeines zum Thema «Demokratie» | 2 |
| 2. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen | 3 |
| 3. International | 3 |
| 4. Gerichtsurteile | 4 |
| 4.1. Bundesgericht | 4 |
| 4.2. Kantonale Entscheide | 5 |
| 4.3. Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) | 5 |
| 5. Neue Volksinitiativen..... | 6 |
| 6. Publikationen..... | 7 |
| 7. Dokumentation und Kontakt..... | 9 |



1. Allgemeines zum Thema «Demokratie»

NZZ 15.07.2019, S. 25

Ein Alleinherrscher braucht Charisma – weshalb Doppelspitzen so beliebt sind – Alles spricht dafür, dass wir es zukünftig nicht nur in der Politik häufiger mit einer Verteilung der Ämter auf mehrere zu tun haben werden. ([Link](#))

NZZ 19.07.2019, S. 9

Politische Rechte für Ausländer – Wer Steuern zahlt, soll mitbestimmen können – Vom kommunalen Stimm- und Wahlrecht für Ausländer geht keine Gefahr aus: Mitmachen werden jene, die ohnehin integrationswillig sind. Allerdings schiesst der Zürcher Stadtrat mit seinem Vorschlag über das Ziel hinaus. (Kommentar von Michael von Ledebur) ([Link](#))



22.07.2019, S. 6

Die Verwandlung der westlichen Demokratien – Die westlichen Demokratien sind heute gespalten entlang den Bruchlinien soziokultureller Identitätsangebote. Man braucht keine prophetischen Gaben, um zu optieren, wem die Zukunft gehört. Aber wie diese aussieht, ob sie friedlich, liberal, erfolgreich sein wird, ist nicht gewiss. (Gastbeitrag von Prof. Dr. Udo Di Fabio) ([Podcast](#))

NZZ 25.07.2019, S. 11

Moral erstickt die Freiheit: die Grenzen der offenen Gesellschaft – Wer die offene Gesellschaft retten will, muss sich damit auseinandersetzen, dass über ethisch vertretbare Wege auch ihre partielle Schliessung diskutiert wird. ([Link](#))

REPUBLIK 19.08.2019

Das Schweizer Rezept für direkte Demokratie – Wie vertragen sich Parlamentarismus und starke Volksrechte? Was Grossbritannien beim Brexit zu beissen gibt, beschäftigte lange auch die Schweiz. Doch sie hat eine Lösung gefunden. ([Link](#))

NZZ 20.08.2019, S. 13

„Unanständig sind die anderen!“ – Dass die SVP die anderen Parteien auf dem neuen Plakat mit Würmern gleichsetzt, sorgt für Empörung – auch in den eigenen Reihen. Doch das beirrt die Parteileitung ebenso wenig wie der drohende Bruch mit der FDP. ([Link](#))

NZZ 22.08.2019, S. 15

Majorz ist teilweise verfassungswidrig: Graubünden muss das Wahlsystem für den Grossrat ändern. ([Link](#))



23.08.2019

Im Extremfall kommen die Soldaten – Der Bund kann eine Änderung des Bündner Wahlrechts auch gegen den Willen des Kantons durchsetzen. ([Link](#))



- NZZ** 24.08.2019, S. 11
Roulette im Wahlbüro – Listenverbindungen verfälschen den Wählerwillen – Die meisten FDP-Kantonalparteien gehen keine Listenverbindungen mit der SVP ein. Das ist vernünftig – nicht nur wegen des Wurm-Plakats. Listenverbindungen sind zwar sehr wirksam, schaden aber der Transparenz. Deals über Parteigrenzen hinweg sollten verboten werden. (Kommentar von Fabian Schäfer) ([Link](#))
- NZZ** 05.09.2019, S. 11
Von Trump bis Bolsonaro, von Netanyahu bis Putin und Salvini: Manche Politiker tun alles, um der liberalen Demokratie den Todesstoss zu versetzen. ([Link](#))
- NZZ** 10.09.2019, S. 10
Deliberation: die Möglichkeit, in der Demokratie Gräben zu überwinden – Während politische Eliten zwecks Machterhaltung gesellschaftliche Spaltungen oft aktiv bewirtschaften, können solche Gräben mittels konstruktiver Bürgergespräche leichter überbrückt werden. (Gastkommentar von Jürg Steiner) ([Link](#))
- NZZ am Sonntag** 29.09.2019, S. 17
Die Demokratie ist tot. Es lebe die Demokratie! – Gesetzesbrüche, Angriffe aufs Parlament, Machtmissbrauch: Viele Populisten versuchen, die Demokratie auszuhöhlen. Doch gerade jetzt zeigt sich, wie stark diese Staatsform ist. (Meinung von Gordana Mijuk) ([Link](#))

2. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

- Luzerner Zeitung** 16.07.2019
Justiz-Initiative: Wenn ein Multimillionär an die Urne ruft – Kaum jemand hat bereits von der Justiz-Initiative gehört. Und doch sind bereits 120'000 Unterschriften zusammengekommen. Es dürfte viel Geld geflossen sein. ([Link](#))

3. International

- NZZ** 16.07.2019, S. 7
Wie die EU mit direkter Bürgerbeteiligung ihre demokratiepolitische Blockade lösen könnte – Wird Ursula von der Leyen neue Kommissionspräsidentin, will sie eine Bürgerkonferenz zur Zukunft der EU einberufen. Da sich die EU-Staaten über den Weg der Demokratisierung der EU uneinig sind, könnte mehr direkte Partizipation tatsächlich für mehr Bürgernähe sorgen – wenn sie nicht zur Alibiübung verkommt. ([Link](#))
- NZZ** 14.08.2019, S. 12
„Nehmen wir an, das Volk möchte den Kommunismus einführen. Das ginge mit uns nicht“ – Das Fürstentum Liechtenstein ist 300 Jahre alt. Und begeht am 15. August seinen Staatsfeiertag. Anlass genug, mit der Führung zu sprechen.



Zwei überzeugten Republikanern erläutert Erbprinz Alois die Vorzüge von Mo-
narchie und Männerherrschaft. ([Link](#))

NZZ 16.08.2019, S. 10

Der starke Mann Italiens will freie Hand – Matteo Salvini will Italien «retten». Er
will Regeln, Ordnung und Disziplin durchsetzen. Für seine Mission verlangt er
umfassende Vollmachten. Anklänge an den Faschismus sind gewollt, sie gehö-
ren zum Programm. (Kommentar von Andres Wysling) ([Link](#))



16.09.2019, S. 6

Politik und Apokalypse – Die Demokratien haben trotz wachsender Sensibilität für
Umweltzerstörungen auf die säkulare Herausforderung der ökologischen Krise in
den vergangenen Jahrzehnten zu spät, zu langsam, zu unentschlossen reagiert.
Muss die handlungsschwache, gegenwartsfixierte Demokratie nicht durch eine al-
lein der Weltrettung verpflichtete Diktatur, eine „Ökodiktatur“, ersetzt werden? (von
Prof. Dr. Peter Kielmansegg) ([Podcast](#))

NZZ 26.09.2019, S. 44

Wie die Demokratie in der EU zu retten wäre – Warum ist die EU so bürger-
fern? Weil Europa als politischer Raum zu gross ist und dies mit einem Verlust
an Demokratie einhergeht. Dirk Jörke plädiert deshalb für eine teilweise Rück-
gabe von Kompetenzen an die Nationalstaaten. ([Link](#))

4. Gerichtsurteile

4.1. Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 18. Juni 2019 ([1C_335/2019](#))

Die Beschwerdeführerin reichte ihre Beschwerde gegen die eidgenössische Volks-
abstimmung vom 19. Mai 2019 betreffend das Bundesgesetz über die Steuerreform
und die AHV-Finanzierung (STAF) beim Bundesgericht ein und machte die Verlet-
zung der Einheit der Materie geltend. Das Bundesgericht tritt aufgrund der verspä-
teten Eingabe auf die Beschwerde nicht ein.



Urteil des Bundesgerichts vom 26. Juni 2019 ([1C_330/2019](#))

Der Beschwerdeführer reichte seine Beschwerde gegen die eidgenössische Volks-
abstimmung vom 19. Mai 2019 betreffend das Bundesgesetz über die Steuerreform
und die AHV-Finanzierung (STAF) beim Bundesgericht ein und machte die Verlet-
zung der Einheit der Materie geltend. Das Bundesgericht tritt mangels zulässigen
Anfechtungsobjekts nicht auf die Beschwerde ein (Art. 189 Abs. 4 BV).



Urteil des Bundesgerichts vom 29. Juli 2019 ([1C_495/2017](#))

Die Beschwerdeführenden reichten ihre Beschwerde gegen einen Beschluss der
Bündner Regierung bezüglich der zu wählenden Abgeordneten pro Wahlkreis für die
Amtsdauer 2018-2022 ein. Sie machten geltend, dass das Bündner Majorzwahlrecht



gegen Art. 8 BV sowie gegen Art. 34 Abs. 2 BV verstosse. Das Bundesgericht heisst die Beschwerde in Bezug auf die fünf grössten, sowie den kleinsten Wahlkreis teilweise gut.



Urteil des Bundesgerichts vom 29. Juli 2019 ([1C 667/2018](#))

Der Beschwerdeführer reichte seine Beschwerde gegen einen Budgetbeschluss des Grossen Rates des Kantons Thurgau ein. Er rügt, dass der Beschluss bezüglich Erweiterung des Strassennetzes um zwei neue Kantonsstrassen zu Unrecht nicht dem Finanzreferendum unterstellt worden sei. Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.



Urteil des Bundesgerichts vom 29. Juli 2019 ([1C 389/2018](#))

Der Beschwerdeführer reichte seine Beschwerde gegen einen Nichteintretensentscheid des Zürcher Regierungsrats ein. Er rügte, dass der Regierungsrat zu Unrecht nicht auf eine Beschwerde gegen eine Internetpublikation des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) im Vorfeld der Referendumsabstimmung über eine gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten eingetreten sei. Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, insofern sie angesichts des deutlichen Abstimmungsergebnisses nicht gegenstandslos geworden ist.



Urteil des Bundesgerichts vom 7. August 2019 ([1F 38/2019](#))

Revisionsgesuch gegen das Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 18. Juni 2019 ([1C 335/2019](#)). Allerdings wird von der Beschwerdeführerin kein Revisionsgrund i.S.v. Art. 121 ff. BGG geltend gemacht. Das Bundesgericht tritt somit nicht auf das Revisionsgesuch ein.

4.2. Kantonale Entscheide

keine

4.3. Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

5. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([14](#)) (0)
- In Auszählung ([2](#)) (+1)
- Beim Bundesrat hängig ([5](#)) (+2)
- Beim Parlament hängig ([10](#)) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([1](#)) (0)



Verfügung der Bundeskanzlei vom 18. Juni 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative „Ja zu mehr Mitbestimmung der Bevölkerung bei der Kranken- und Unfallversicherung“ hat die Vorprüfung überstanden. Die Sammelfrist läuft bis am 2. Januar 2021. ([BBI 2019 4604](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 16. Juli 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative „Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)“ ist mit 126'355 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative möchte den Waffenexport in Staaten, welche in bewaffnete Konflikte verwickelt sind im Grundsatz verbieten und nur noch in Ausnahmesituationen zu lassen.² ([BBI 2019 5147](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 13. August 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative „Neufinanzierung der Pflege – Krankenkassenprämien senken! (Pflegefinanzierungs-Initiative)“ hat die Vorprüfung überstanden. Die Sammelfrist läuft bis am 27. Februar 2021. ([BBI 2019 5745](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 10. September 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative „Ja zu steuerfreien AHV- und IV-Renten“ hat die Vorprüfung überstanden. Die Sammelfrist läuft bis 24. März 2021. ([BBI 2019 6268](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 17. September 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative „Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)“ ist mit 130'100 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative möchte die Wahl der Bundesrichterinnen und Bundesrichtern in Zukunft nicht mehr im freien Ermessen der Vereinigten Bundesversammlung belassen, sondern die Stellen am Bundesgericht durch ein Losverfahren bestimmen.³ Über die Zulassung zum Losverfahren soll eine Fachkommission entscheiden.⁴ Ausserdem soll die Amtsdauer der Richterinnen und Richter erst fünf Jahre nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters enden⁵ und es wird neu eine Abberufungsmöglichkeit vorgesehen.⁶ ([BBI 2019 6271](#))

¹ Stand 30.09.2019.

² Art. 107 Abs. 3 nBV.

³ Art. 188a Abs. 1 nBV.

⁴ Art. 188a Abs. 3 nBV.

⁵ Art. 145 Abs. 1 Satz 2 nBV.

⁶ Art. 145 Abs. 2 nBV.

6. Publikationen



BIAGGINI GIOVANNI, Von Proporzglück und Doppelproporzpech, in: ZBI 9/2019, S. 473 ff. ([ZBI](#))



BRINGMANN KLAUS, Das Volk regiert sich selbst, Eine Geschichte der Demokratie, Darmstadt 2019 ([Verlag](#))



CAVULDAK AHMET, Die Grammatik der Demokratie, Das Staatsverständnis von Peter Graf Kielmansegg, Reihe Staatsverständnisse, Baden-Baden 2019 ([Verlag](#))



DOLEZ BERNARD, Die französische Phobie gegen die Verhältniswahl, Rekonstruktion einer Pathologie, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Bd. 67, Tübingen 2019, S. 161 ff. ([Verlag](#))



DUBUIS ERIC, E-Voting: Vertrauen wiederherstellen, in: Digma 2019, S. 80 ff. ([Swisslex](#))



EHM FRITHJOF, Der Schutz des Wahlrechts durch regionale Menschenrechtsgerichtshöfe, Ein Beitrag zu ausgewählten Fällen der jüngeren Rechtsprechung, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Bd. 67, Tübingen 2019, S. 233 ff. ([Verlag](#))



EPINEY ASTRID, Strafrechtliche Landesverweisung und FZA, Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichts 6B_378/ vom 22. Mai 2018, in: Jusletter vom 19. August 2019. ([Jusletter](#))



EPINEY ASTRID/FREI NULA, Zur Übernahme weiterentwickelten EU-Rechts durch den Bundesrat, Selbstständige Vertragsschlusskompetenzen im Rahmen der Bilateralen Abkommen am Beispiel der Liberalisierung des internationalen Schienenpersonenverkehrs, in: Jusletter vom 12. August 2019. ([Jusletter](#))



GLASER ANDREAS/LEHNER IRINA, VB.2018.1, Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt als Verfassungsgericht, Urteil VG.2018.1 vom 15. Januar 2019, A., B. und C. gegen Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt, Beschwerde gegen einen



Beschluss des Grossen Rates vom 10. Januar 2018 betreffend rechtliche Zulässigkeit der kantonalen Volksinitiative «Grundrechte für Primaten», AJP 2019, S. 724 ff. ([Swisslex](#))

LawInside. JACQUEMOUD CAMILLA, L'annulation du scrutin fédéral sur l'initiative "Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage", LawInside. Swiss Case Law vom 7. Juni 2019 ([Link](#))



JÖRKE DIRK, Die Grösse der Demokratie, Über die räumliche Dimension von Partizipation und Herrschaft, Berlin 2019. ([Verlag](#))



LUBISHTANI KASTRIOT/FLATTET MAXIME, La démocratie directe face à la manipulation de l'information par des particuliers, AJP 2019, S. 710 ff. ([Swisslex](#))



MARXER WILFRIED, Direkte Demokratie in Liechtenstein, Liechtenstein Politische Schriften Nr. 60, Vaduz 2018 ([Link](#))



MERTEN HEIKE, Nach der Wahl ist vor der Wahl, Funktionen der Parteien bei der Wahlvorbereitung und deren Kontrolle, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Bd. 67, Tübingen 2019, S. 107 ff. ([Verlag](#))



SCHÖNBERGER SOPHIE, Die personalisierte Verhältniswahl – eine Dekonstruktion, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Bd. 67, Tübingen 2019, S. 1 ff. ([Verlag](#))



VILELLA GIANCARLO, E-Democracy, On Participation in the Digital Age, Baden-Baden 2019 ([Verlag](#))



7. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
lst.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani
Prof. Dr. Andreas Kley
Michael Helbling, MLaw